

Inhalt

Der Amoklauf von Winnenden	1
Proteste gegen NATO-Jubiläum	2
Opel und die „Lehren aus 1929“	3
„Wir zahlen nicht für eure Krise“ – Kritische Anmerkungen. zum Protest gegen Krise und Krisenbewältigung	4

Der Amoklauf von Winnenden:

„School Shooting“ – eine Geisteskrankheit?

von Prof. Dr. Freerk Huisken, Bremen

Im März erschießt ein junger Mann in seiner ehemaligen Schule mehrere Schüler und Lehrer, auf der Flucht einige Passanten und anschließend sich selbst. Die Öffentlichkeit reagiert mit entsetzter Fassungslosigkeit: „Unfassbar“ und gänzlich „unerklärlich“ soll es sein, dass ein „ganz normaler“ junger Mensch, der bis dahin „völlig unauffällig lebte“, so etwas tut. Tage später dann eine Nachricht, die Einsicht vermitteln soll: Tim K. war in psychiatrischer Behandlung! Die Gemeinde der professionellen Betroffenen atmet auf. Der Massenmord von Winnenden ist geklärt: Dieser junge Mensch war *krank*, ein Psychopath, vielleicht sogar ein „Zombie“, wie ein Sprecher der deutschen Sportschützen ausführte, der sich ja bei seinen Waffenbrüdern auskennt; auf jeden Fall von schweren Depressionen geplagt, die sich schlussendlich in einem „erweiterten Suizid“ – welch zynischer Psychologismus! – entladen haben. Zudem, auch das passt ins genehme Bild, hatte er im Elternhaus leichten Zugang zu Waffen und Munition, ist vom Vater sogar in der „Kunst des Schießens“ unterwiesen worden – als ob die Verfügung über das *Mittel* zur Tat ihren *Grund* erklären würde. Und er war obendrein Besitzer von Computerspielen der einschlägigen Art. Das „Unfassbare“ ist damit fassbar geworden. Die seelische Störung, „seine Krankheit“, über die man dann gar nichts weiter wissen muss, erklärt nun alles.

Aus der „Unauffälligkeit“ von Tim K. – heutzutage eigentlich ein Lob für junge Menschen – ist nun ein Krankheitsmerkmal geworden, etwas, das in diesem Fall eben *nicht normal* gewesen ist. Dabei bestand die doch wohl darin, dass er wie die meisten jungen Menschen in seinem Alter seinen Schulpflichten ebenso nachgekommen ist wie den Pflichten eines Sohnes „aus gutem Elternhaus“, dass er seine Hobbys gepflegt, sich z. B. an rohen Computerspielen vergnügt und beim Tischtennis offensichtlich nichts dabei gefunden hat, dass die Spielverlierer lebend das Brett verlassen konnten. Und seine „Zurückgezogenheit“ hatte ihn auch nicht daran gehindert, andere Jugendliche einzuladen und mit ihnen jenen Spaß nachzugehen, die in dieser Generation einen Unterhaltungswert besitzen. Kurz, er hat gelebt und funktioniert wie die meisten anderen Gleichaltrigen. Psycho-Fahnder, die nicht irre werden, nach jedem Amoklauf von jungen unauffälligen Menschen immer wieder aufs Neue und unbedingt „Muster“ und „Patterns“ finden zu wollen, an denen man den jugendlichen Massenmörder *vor* seiner Tat erkennt, um ihn aus dem Verkehr zu ziehen, stehen deshalb – doppelt – dumm da. Zum einen, weil sich diese Gilde immer wieder und ungehört von jedem ausgeführten Amoklauf her eine „Disposition“ im Täter dazu zusammenkonstruiert und sich dann immer wieder vergeblich auf die Suche nach diesem Konstrukt in unauffälligen Mitschülern oder Kollegen macht. Zum anderen, weil sie sich dennoch fleißig dem Gedanken verweigert, dass unauffällige Jugendliche eben keine Monster oder Bestien, sondern normale Kids sind. Wie Millionen anderer machen sie ihre frustrierenden Erfahrungen in Familie, Schule und Bekanntenkreis, haben diese – wie dies Millionen anderer auch tun – in ihrem Kopf eingeschlossen, sie bis hin zu Racheplänen aufgeköchelt und

dann in aller Regel im Geiste einige ihrer Lehrer, Vorgesetzten, Verwandten oder Bekannten „fertig gemacht“ – wie Millionen andere das täglich tun. Offensichtlich geraten sich solche Rache- und Tötungsphantasien von Kids und ihr alltägliches Funktionieren in dieser Gesellschaft erst einmal gar nicht in die Quere; es ist sogar das Ärgernis zu konstatieren, dass offensichtlich viele Menschen, junge und alte, weibliche und männliche, ihren chronisch gewordenen Alltagsfrust besser aushalten, wenn sie nach Feierabend oder Schulschluss im Geiste oder virtuell am PC ihren Chef oder Klassenlehrer umbringen, der ihnen am nächsten Tag sehr real wieder diktiert, wo es lang zu gehen hat.

Natürlich ist der Schritt von der Mordphantasie zum Massenmord nicht zwingend, ausgeschlossen aber eben auch nicht. Wenn es so ein Jugendlicher schafft, die anerzogenen Moral- und Rechtsschranken beiseite zu schieben, wenn sich sein Racheanliegen bei ihm zu einer Frage seiner *Ehre* ausgewachsen hat, mit der er das Wissen um die Konsequenzen seiner Tat beiseite schiebt, dann sucht er sich Mittel für seinen Rachezug. „Unfassbar“ ist all das nicht, und dass sich „die Tat“ jeder „rationalen Deutung entziehe“, wie es nach jedem Amoklauf im Rahmen der ritualisierten Betroffenheitsorgien regelmäßig heißt – so etwas fällt den Wills, Plassbergs oder Illners bei „Kollateralschäden“ auf Kriegsschauplätzen im Nahen Osten nie ein –, ist ein Urteil, das nicht zu Kenntnis nehmen will, *was* da passiert ist. Der Tat selbst und ihren Umständen lässt sich bereits so einiges entnehmen – vielleicht sogar schlüssiger als den Chat-Ankündigungen von Tätern, in denen sie ihre Motivlage mehr oder weniger ungeordnet ausbreiten.

So wird es wohl *kein Zufall* sein, wenn alle hierzulande zu unrühmlichen Ehren gelangten Amokläufer eine bzw. ihre *Schule* aufsuchen und dort ein Blutbad an Schülern und Lehrern anrichten. Sie haben ganz bewusst diesen Tatort gewählt und die dort arbeitenden Schüler und Lehrer als *Repräsentanten* einer *Institution* umgebracht, die sie als verletzenden Angriff auf ihre Persönlichkeit erfahren haben. Das muss man ernst nehmen und sollte es nicht als rein *subjektive* Deutung eines kranken Verstandes abbuchen, die mit der Wirklichkeit der Schule nichts zu tun hat. Was ist denn die *wirkliche* Schule? Sie ist eine *Lernkonkurrenzveranstaltung*, in der Lehrer über zukünftige Lebenschancen junger Menschen befinden, in der der nationale Nachwuchs nach Elite und Masse durchsortiert wird, sprich: in seiner Mehrzahl von weiterführender Bildung und d. h. von weniger unerfreulichen Berufen *ausgeschlossen* wird; eine Konkurrenz, deren Protagonisten wissen, warum sie am Jahresende anlässlich der Zeugnisvergabe pädagogische Seelsorge anbieten und hoffen, dass sich keiner ihrer Schüler das Leben nimmt, weil er sich „mit dem Zeugnis“ nicht nach Hause traut. Über den zu großen Leistungsdruck, dem die Kinder ausgesetzt seien, wird viel geklagt. Diese Schulkritik hat zwar gemerkt, dass es nicht einfach um Vermittlung von Wissen und Können geht, sondern um Wissen und Können als *Material einer Leistungsbeurteilung*, weshalb

→Fortsetzung Seite 2

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion Kritik der Psychologie Das moderne Opium des Volkes

Das populäre Angebot der Psychologie besteht darin, Leuten, die in Schwierigkeiten sind, zu *helfen*, indem sie beim *Umgang mit sich selbst* beraten werden. Ob nun jemand das Studium nicht schafft, keinen Job findet, von dem oder der Liebsten verlassen wurde oder sich vor Spinnen fürchtet: Ein Psychologe betrachtet all diese Vorkommnisse als Gegebenheiten, die seine Klientel bewältigen kann – ganz unabhängig davon, ob die Leute sich ihr Problem selber eingebrockt haben oder nicht.

Ob nun einer Opfer eines entgegengesetzten oder gar feindlichen Interesses geworden ist, ob er vielleicht Fehler bei der Verfolgung eines eigenen Interesses gemacht hat oder ob er an sozialen und moralischen Maßstäben scheitert – das will der Psychologe nicht beurteilen, geschweige denn kritisieren. Die von ihm betreuten Menschen sollen sich ausschließlich der Frage zuwenden, ob ihre *Einstellung* zu den Problemen stimmt. Und diese Einstellung „stimmt“ dann, wenn die Menschen durch einen Vorfall, der sie schädigt, ärgert oder unzufrieden macht, nicht aus der Bahn geworfen werden. Die Tipps, die man von Psychologen kriegt, sind entsprechend: hier mehr Selbstbewusstsein, da mehr Motivation und dort eine positive Sichtweise, dann kann der Mensch mit den Misslichkeiten, welche die Konkurrenzgesellschaft für ihn bereithält, fertig werden.

Die Kunst der *Glücksfindung*, welche die Psychologie dem modernen Menschen vermittelt, besteht darin, die eigenen Erwartungen an die Welt und deren harte Realitäten anzupassen, deren Anforderungen als Bewährungsprobe zu betrachten und in der Erfüllung der gesellschaftlichen Pflichten seine Selbstverwirklichung zu suchen.

Albert Krölls stellt in seinem Vortrag dar, inwiefern die *Wissenschaft* der Psychologie für dieses selbstbewusste Unterwerfungsprogramm, die passende Theorie liefert: Danach ist der Schlüssel menschlichen Verhaltens in der Innenwelt des Individuums zu suchen. Absichten und Beschlüsse des Menschen sind nur vordergründig das, was sein Handeln bestimmt. Die wahren Ursachen liegen *hinter* der Ebene des „beobachtbaren Bewusstseins“. Ob man das „Triebe“, „Reiz-Reaktions-Mechanismen“, „Dispositionen“, angeborene und/oder erworbene „Verhaltensmuster“ oder „Fähigkeiten“ etc. nennt, darüber mögen die Schulen der Psychologie streiten. Gemeinsam ist all dem, dass das, was der Mensch will, bestimmt wird als abhängige Variable von etwas, das sich im Willen des Menschen *eigentlich* ausdrückt.

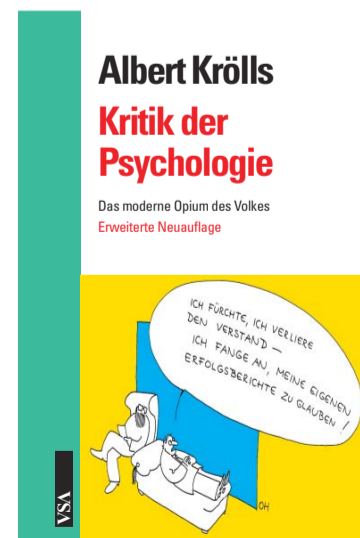
Dabei belässt es die Psychologie aber nicht. Sie erteilt dem Menschen vielmehr den Auftrag, seinen *Willen* dafür einzusetzen, an dem, was ihn doch angeblich determiniert, zu „arbeiten“ und das menschliche Innenleben so zu steuern und zu korrigieren, dass es zu den Anforderungen passt, welche die äußere Welt stellt. Der Mensch wird bestimmt als ein eigentümliches Doppelwesen, das im Kampf mit sich selbst ein seelisches Gleichgewicht herstellen soll, das ihn in Einklang bringt mit den Umständen, die sein Leben bestimmen.

Der Vortrag untersucht die systematischen *Fehler* der Theoriebildung, den *legitimato-*rischen Gehalt psychologischer Theorien und ihre *Nützlichkeit* für eine Gesellschaft, die es den allermeisten ihrer Mitglieder versagt, an die Mittel zu gelangen, mit denen sie sich ein schönes Leben machen könnten.

Vortrag mit Diskussion

Referent: Prof. Dr. Albert Krölls, Hamburg

Autor des Buches „Kritik der Psychologie. Das moderne Opium des Volkes“, Hamburg (VSA-Verlag) 2007 (2., erw. Aufl.), ISBN: 978-3-89965-273-4



Tübingen, Mittwoch, 6.5. 2009,
Alte Archäologie, Hörsaal,
Wilhelmstr. 9,
20 Uhr s.t. (pünktlich!)

Stuttgart, Donnerstag, 7.5. 2009,
Altes Feuerwehrhaus Süd,
Möhringer Str. 56,
Eingang Erwin-Schoettle-Platz
(U1/U14/Bus 42 Schreiberstr.),
19.30 Uhr

Impressum:

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES MARXISTISCHEN PRESSEWESENS e.V.
Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart; Tel.: 0711/6151772; V. i. S. d. P.: Theo Wentzke
www.versus-tuebingen.de; www.gegenstandpunkt.com
www.gegenstandpunkt-s.de
Kontakt: redaktion@versus-tuebingen.de

„Winnenden...“ (Fortsetzung)

dann auch immer der Ratschlag folgt, man solle es damit nicht übertreiben. Das ist aber eine Verharmlosung, denn es kommt beim Schulunterricht nicht auf die Leistung, sondern auf den Leistungsvergleich an: Dass immer welche nicht mitkommen, ist nicht ein Nebenprodukt der Überforderung, sondern der Zweck der Veranstaltung. Der Wissensstoff soll eben nicht allen so lange erklärt werden, bis sie einen gewissen Leistungsstandard erreicht ha-

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-09

Die Leistung der demokratischen Wahlen – vorgeführt von Barack Obama
Wie die Unzufriedenheit der Bürger produktiv gemacht wird für die Fortschritte der Herrschaft
Die deutsche Linke sieht sich bestätigt:
Der neoliberale Turbo-Kapitalismus ist gescheitert!
Machen wir's besser!
Russland streicht der Ukraine den Vorzugspreis für Gas – ein klarer Fall von politischem Verstoß
Anmerkungen zur Unabhängigkeit der Ukraine
Die Operation „Gegossenes Blei“ im Gazastreifen
Israels Antwort auf die Gefahr einer Zweistaatenlösung

Piraten am Horn von Afrika - Kurzarbeit – die „große Chance, die Rezession relativ glimpflich zu überstehen“ - Breitscheidels „aufrüttelnder Report“: „Arm durch Arbeit“ - FDP: Wirtschaftskompetenz 09 – alles Wissenswerte über das Krisen-Update eines Klassikers - Papst Benedikt XVI. und der Holocaust-Schlamassel: Fundis unter sich - Der Fall Schaeffler – Lehren aus 1929“ und die Krise von General Motors: Freunde der Globalisierung üben sich in internationaler Zusammenarbeit - Abschiebung zum Tariflohn: Wie Europa mit der Ausbeutung illegaler Zuwanderer aufräumt - Enteignungspläne im Fall Hypo Real Estate: Geistesverwirrung & Streit um das Rettungsübernahmegesetz

ben. Unterschiedlicher Lernerfolg wird nicht ausgeglichen, sondern bewertet und in einer Notenhierarchie festgehalten, weil *Unterschiede* an den Kindern *hergestellt* werden sollen, um sie für die Gesellschaft mit ihrer Hierarchie der Berufe und Positionen vorzusortieren.

Für diese mit ihnen veranstaltete Sortierung haben sich die Kids anzustrengen, auf die Bewährung in ihr sollen sie ihr Leben ausrichten und sich mit dem, was sie sonst noch ausmacht an Vorlieben, Bedürfnissen und Interessen bis hin zur Einteilung der Schlaf- und Freizeit, dafür instrumentalisieren. So sollen sie sich um erfolgreiches Abschneiden in der schulischen Vergleicherei bemühen, obwohl schulischer Erfolg für alle von Anfang an nicht vorgesehen ist.

Dass das so ist, wird von Schultheoretikern und -praktikern aber gemeinhin geleugnet: Unterschiede im Wissen und Können, so ihre Behauptung, würden nicht von der Schule hergestellt, die Schule ermittle vielmehr Differenzen, die die Schüler aufgrund von Anlage und Umwelt oder Intelligenz und Leistungsbereitschaft schon in die Schule mitbrächten. Dass sie sich den Platz in der Erfolgshierarchie, die dem mit ihnen veranstalteten Leistungsvergleich vorausgesetzt ist, im Positiven wie im Negativen selbst zuzuschreiben haben, dass schulischer Erfolg oder Misserfolg Resultat ihres „Potentials“ und ihrer Leistung(sbereitschaft) ist, das lernen die Jugendlichen in der Schule „fürs Leben“.

Erfolg und Misserfolg so zu betrachten lernen Schüler in der Schule: Mit ihren Zeugnissen will die feststellen, ob und inwieweit der Schüler zu Höherem taugt, und sie legt damit fest, ob und inwieweit seine Bemühungen um Schulerfolg gefruchtet haben und er weiterer Bildung würdig ist. Dass ihm als „Mensch“ da-

Kritik und Anregungen an:
redaktion@versus-tuebingen.de

mit nicht der „Wert“ abgesprochen werden soll, muss sie dabei immer wieder betonen. Schulpsychologen haben da eine dauerhafte Aufgabe. Denn die Schüler nehmen auf der Grundlage, dass ihre Existenz ziemlich umfassend dem Bemühen um Erfolg in der schulischen Konkurrenz unterworfen ist, das Zusammen- oder Auseinanderfallen von Bemühen und Erfolg als Anerkennung oder Herabwürdigung. Wo die Schule den Schülern ins Zeugnis schreibt, was einer besser oder schlechter kann als andere, liege an ihm; wo sie die Wertschätzung, die sie den Jugendlichen ausspricht, abhängig

macht von deren *Bewertung* im Leistungsvergleich – „Kannste was, biste was“, und umgekehrt –, beharren diese darauf, dass sie auch außerhalb der offiziellen, von der Schule zuerkannten Rangordnung anerkennenswerte Mitglieder der Gesellschaft seien. Wie sehr sie sich dabei den Bedingungen der Konkurrenz unterworfen haben, zeigt sich daran, dass dieses Bestehen darauf, dass man auch außerhalb und unabhängig von der schulischen Konkurrenz Anerkennung verdient, sich in der Regel in der Eröffnung eines *anderen* Feldes der Konkurrenz äußert, wo man hofft, einen selbst gewählten Leistungsvergleich zu *seinen* Gunsten entscheiden zu können.

So ergänzen Schüler selbst die schulisch verordnete *Leistungskonkurrenz*, deren Zwecken sie sich unterwerfen müssen, deren Mittel – dabei handelt es sich nicht um das Lernen, sondern das *zensierte* Lernen – sie gar nicht in der Hand haben und deren Resultaten sie ohnmächtig gegenüberstehen, um eine eigene *Anerkennungskonkurrenz*, die vielen von ihnen wichtiger wird als die gute Zensur in der praktisch entscheidenden Lernkonkurrenz. In der führen sie sich als die Herren ihrer Konkurrenzmittel auf: Alle rohen Formen der Angeberei und des Mobbing – geschlechtsspezifisch sortiert – stehen dabei hoch im Kurs. Da wird geklaut und erpresst, geschlagen und ausgegrenzt, werden Schulen demoliert und Mutproben der brutalsten Art abverlangt. Gelernt haben die Kids, dass der Mensch ohne Selbstbewusstsein nichts ist, dass man also mit einer Portion Selbstbewusstsein die Zumutungen von Schule, Familie und Straße besser aushält – und nur deswegen ist das Selbstbewusstsein zum Erziehungsziel avanciert. Und das übersetzen sie sich in den Selbstbefund, irgendwie „Superstar“ zu sein, wenn nicht der „Deutschlands“, dann doch wenigstens der der Schule oder der Klasse. Der Anerkennungswahn, der sich hier austobt, erweist sich als ein Psycho-Produkt von Konkurrenzverfahren, das inzwischen das Privatleben derart okkupiert hat, dass jede vernünftige Bilanzierung des materiellen Gehalts einer individuellen Lebenslage nur allzu oft überlagert wird von der Frage, wie viel Beifall man für neue Klamotten, geschwollenen Biceps, Sexual- und Saufleistungen, nebst Frech- und Rohheiten aller Art von Mitmenschen erhält, die denselben anerzogenen und inzwischen durchgesetzten geistigen Deformationen anhängen. Wenn zudem heute Schüler mit 9 oder 10 Jahren ihre Schulhefte auf Lehrergeheiß mit dem Spruch „*Ich bin wertvoll!*“ zieren – das fällt unter Ethik-Erziehung –, dann darf man sich endgültig nicht wundern, dass dabei der eine oder andere Robert S. oder Tim K. herauskommt. Denn wo in Schule, Familie und Umfeld vermehrt Erfahrungen gemacht werden, die diesen Spruch gerade nicht mit Material unterfüttern, wenn Niederlagen dieser oder jener Art sich vielmehr zu Frust verdichten, dann lässt er sich ebenso in die selbstzerstörerische Frage – „*Bin ich wirklich wertvoll?*“ – wie auch in den fremdzerstörerischen Beschluss – „*Denen werde ich es zeigen, dass ich wertvoll bin!*“ – umsetzen. Es schließt eben die radikalisierte Sorge ums eigene Selbstbewusstsein durchaus beide Verlaufsformen ein: die Tötung und die Selbsttötung.

Noch etwas ist der Tat zu entnehmen. Täter machen ihren „Frust“ zur *Privatsache*, der andere nicht nur nichts angeht, der sogar vor anderen geheim gehalten werden muss. Nicht zuletzt deswegen ist Tim K. „unauffällig“. Denn wer seine Schwächen, Beschädigungen und jene Ohnmacht *offenbart*, die seine tatsächliche Lage nun einmal kennzeichnen, der erfährt, dass ihm all dies als seine höchst persönliche *Eigenschaft* um die Ohren und manchmal nicht nur um diese geschlagen wird. Der weiß auch, dass jede zugegebene Schwäche in allen Konkurrenzlagen – solchen, an denen die Existenz, und solchen, an denen das Selbstbewusstsein hängt – von anderen brutal zum eigenen Vorteil ausgenutzt wird. Dann wird man als Schwächling, als Loser, als Opfer einsortiert und behandelt. So etwas darf nicht sein, weswegen die Welt der Heranwachsenden nur aus „coolen Typen“ besteht, die sich den psychologischen Selbstbetrug zur zweiten Natur werden lassen. Als ohnmächtige Wichte, die sie sind und bleiben, ziehen

sie dann schon einmal aus der dauerhaft und quälend erfahrenen *Ohnmacht* den ziemlich verkehrten Schluss, selbst einmal Macht, und gelegentlich sogar Macht in ihrer existenziellsten Form als Macht über Leben und Tod auszuüben.

So etwas registrieren die einschlägigen Talkshow-Runden hier und da. Jedoch nur um blöd anzumahnen, dass „wir alle“ mehr „aufeinander zugehen“, uns „mehr umeinander kümmern“ sollten und dass den Lehrern viel mehr Zeit für die lieben Kleinen eingeräumt werden müsste. Lauter Idealisierungen herrschender Konkurrenzverhältnisse werden da als konkrete Vorschläge vor allem von denen unterbreitet, die gerade eine Schulreform beschlossen haben, in denen schulischer Leistungsstress verschärft, Konkurrenz unter Lehrern institutionalisiert, Schulzeit verkürzt, das standardisierte Testwesen ins Zentrum des Unterrichts gerückt wird und allen Ernstes eine Erziehung zu mehr „Frustrationstoleranz“ jede Überlegung, was sich gegen die Ursachen des „Frusts“ machen lässt,

Am 3./4. April fand in Baden-Baden, Kehl und Straßburg ein Gipfeltreffen der Nato zum 60. Jahrestag ihres Bestehens statt. Dagegen gab es viel Kritik, Protestcamps und Demos unter der zentralen Parole: „Nein zum Krieg! Nein zur NATO!“

Und ein Ja zum demokratischen Staat? Wie soll das denn zusammenpassen!

Das Bündnis „Nein zum Krieg! Nein zur Nato!“ wendet sich gegen die Militäralianz des Westens. Die Gründe, die es dafür anführt, lauten: Weil sie seit nunmehr 60 Jahren ihre Kriege führt. Weil sie die Erde mit Waffen zugepflastert hat. Weil sie den Einsatz von Atom-Bomben auf ihrer Agenda hat. Weil ihr – altes wie neues – strategisches Konzept darauf abzielt, eine „*ungerechte Weltwirtschaftsordnung*“ zu schützen, den Zugriff auf globale Reichtumsquellen zu sichern und ihre Vormacht in dieser Konkurrenz zu verteidigen bzw. auszubauen. Weil die sie tragenden Staaten ihre „*vitalen Interessen*“ also mit aller Gewalt, die sie für lebenswichtig erachten, gegen den Rest der Welt geltend machen.

Genau so ist es. Die Nato ist eine Einrichtung von monströser Gewaltbereitschaft, die jede Gegnerschaft verdient. Umso merkwürdiger, dass derselbe Aufruf an der Nato kritisiert, sie Sorge damit nicht für mehr „*Sicherheit und Humanität*“, sondern für eine „*Militarisierung*“ der Welt, „*Brutalisierung*“ der Gesellschaft und „*Aushöhlung des Grundgesetzes*“. Tut man da dem feinen Nordatlantikpakt nicht ein wenig zu viel Ehre an? Umgekehrt: Hält man mit dieser Kritik der *kapitalistischen Wirtschaftsordnung* und ihren *demokratischen Zivilgesellschaften* nicht ein wenig zu viel zugute?

Glaubt man im Ernst, dass ein furchtbares Kriegsbündnis sich über unschuldige abendländische Demokratien hermacht und eine ihnen wesensfremde Politik *aufzwingt*? Sollte es wirklich so sein, dass die „*Verschleuderung von Ressourcen, der Sozialabbau und die Ausländerfeindschaft*“, für die die Nato allemal steht, unsere ehrenwerte Demokratie *aushöhlt*, um deren Bestand man sich sorgen soll? Anders gefragt:

Waren es nicht die Heimatländer der *Demokratien*, die diesen Verein gründeten? – Sollte man sich dann nicht einmal fragen, *wofür* eigentlich? Beginnt die Gewalttätigkeit erst mit dem *Krieg*? Werden dessen Gründe nicht im *Frieden* produziert? Warum nur eine Kritik der Nato, die nach *Vorherrschaft* strebt und das Leben *militarisiert* – reicht dafür nicht die *Herrschaft* des globalen Kapitalismus und seiner politischen Geschäftsordnung, also das *Leben*, das er den Leuten in aller Herren Länder aufnötigt? Kurz: Ist die Nato kein Instrument der zivilen und militärischen Zwecke der *Staaten*, die sie unterhalten und aufrüsten? Wäre denn die für *sie* nützliche kapitalistische

erschlägt; die aber auch an anderen Fronten, auf dem Arbeitsmarkt, in der Berufswelt, in den Sozialsystemen, auf dem Wohnungsmarkt und in der Familie dafür sorgen, dass den Bürgern als Mittel zur Sicherung ihrer Privatexistenz allein der Weg bleibt, sich ge-

GEGENSTANDPUNKT im Internet:
<http://www.gegenstandpunkt.com>

gen andere Privatexistenzen – mit erlaubten Mitteln oder solchen am Rande der Legalität – konkurrierend durchsetzen. Da lässt sich gut „aufeinander zugehen“! Neu ist das alles nicht, aber heftiger wird's schon. Weswegen es erneut nicht verwundern darf, dass Menschen, deren Kopf randvoll ist mit unbewältigten Lebens- und Anerkennungsproblemen, dies so lange mit sich selbst ausmachen, bis sie meinen, der Welt auf jene Weise Beweise für ihren erfundenen Selbstwert zeigen zu müssen, die sie von der Welt gelernt haben: als Machtausübung mit den Mitteln der Gewalt! ◆

Ordnung ohne einen weltweit schlagkräftigen, schwer bewaffneten Gewaltapparat überhaupt zu haben!

Wir halten es deshalb für einen Fehler, wenn kritische Leute, die das Kriegspotenzial und den Kriegswillen der Nato-Staaten für skandalös halten, sich neben den *wirklichen* Demokratien, die Eigentümer und Kommandeure der Militärmaschinerie sind, zusätzlich *eigentliche* freiheitlich-demokratische Gemeinwesen erfinden, die von Militarisierung *bedroht* und von *Konfrontationslogik* unterwandert sein sollen. Wollen sie die gegen ihre eigene Kriegspolitik in Schutz nehmen? Meinen sie, demokratische Regierungen könnten das alles unmöglich wollen, was ihr Militärverein unternimmt? Bei allem Respekt vor Nato-kritischem Engagement: Man kann doch nicht das *Mittel* kritisieren und die politischen und ökonomischen *Staatszwecke*, für die dieses Mittel geschaffen wurde und für es ausgiebig gebraucht wird, außen vor lassen.

(1) Wenn man die „*menschenfeindliche Politik der Nato*“ anklagt und die „*Mehrheit der Menschen, die Kriege ablehnt*“, in scharfem Gegensatz dazu sieht, dann fällt uns auf, dass die „kleinen Leute“ gar kein Monopol auf die Ablehnung von Kriegen haben. Selbst Politiker, die den Krieg beschließen und von ihren Militärs führen lassen, erreichen ihre Ziele lieber *ohne* Krieg. Und sie setzen, wenn sie ihn für unumgänglich halten, ihre Kriegsmaschine für nichts anderes ein als für den nächsten, besseren *Frieden*, der ihren nationalen Interessen die Sicherheit verschafft, die sie brauchen, – und ihrer Macht den Respekt, mit dem sie *andere* Staaten zu einem für *ihren* Staat nützlichen Frieden zwingen. Demokratische Kriegsherren berufen sich auch beim Schießen aufs politische Mandat jener Mehrheit der Menschen, die sie gewählt hat.

Und die vielen wahlberechtigten Leute lassen sich das in aller Regel gefallen. Sie hören keineswegs auf zu *arbeiten*, zu *wählen* – und ihre Herren so in ihrer Entscheidung über Krieg und Frieden zu ermächtigen. Sie denken da leider nicht so viel anders wie ihre Volksvertreter: Sie lehnen Krieg ab, wenn sie keinen nationalen Nutzen darin sehen, wenn er leichtfertig vom Zaun gebrochen wird oder wenn er verloren geht. Wenn ihnen die politischen Repräsentanten aber sagen, dass „*unsere*“ Lebensform auf dem Spiel steht; dass

→Fortsetzung Seite 3

„Nein zur NATO...“ (Fortsetzung)

in „unserem“ exportorientierten Land die Arbeitsplätze von offenen Märkten überall, von freien Verkehrswegen zu Wasser und in der Luft und von der Bereitschaft anderer Staaten abhängen, die ihnen zugewiesene Rolle als zivile Manövrierarmee in der globalen Marktwirtschaft zu spielen; dass es gilt „ein neues Auschwitz zu verhindern“...: Dann sehen auch „friedfertige Menschen“ ein, dass die Kooperationsbereitschaft der auswärtigen Rivalen in Fällen „böswilliger Verweigerung“ erzwungen und der Frieden von Freiheit und Demokratie und der kapitalistischen Weltwirtschaft verteidigt werden muss.

Wer seine Kritik an der *Kriegspolitik* der westlichen Demokratien ernst nimmt, kann sich nicht auf das gute Volk gegen seine Politiker berufen. Ihm bleibt die Kritik des allgemein gebilligten kapitalistischen *Friedens* nicht erspart.

(2) Der Friede wird in den Nato-Staaten mit denselben vornehmen *Grundgesetzen* regiert, deren *Aushöhlung* man beklagt, wenn im Zuge von *Kriegen in aller Welt* „die *Grundrechte ausgehebelt werden*“. Den Kritikern dürfte nicht unbekannt sein, dass die gelobten Verfassungstexte schon alle Klauseln zur Einschränkung der Grundrechte für den Fall vorsehen, dass irgendwelche Gefahren die innere oder äußere Sicherheit bedrohen.

Die Verfassung dieser Republik ist kein Gesetz zur Fesselung des Staates, sondern die Charta seiner Macht: Mit der verleihen sich die demokratischen Staaten die rechtsetzende und -sprechende Gewalt, mit der sie definieren, was im Krieg ‚gerechter‘ Gebrauch ihrer (Wehr-)Macht ist und bei welcher Art von Grausamkeiten der ‚Exzess‘ beginnt. Das Grundgesetz ermächtigt die Regierenden daher durchzusetzen, was immer sie zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Staatssicherheit für erforderlich halten. Nationale Führungen berufen sich mit vollem Recht auf ihre Verfassungen, wenn sie Krieg führen und dazu ihre Heimatfront aufrüsten.

(3) Im Verkehr mit anderen Staaten verstehen die großen westlichen Demokratien sowieso nur die Sprache der Gewalt. Die aber sprechen sie perfekt und verdolmetschen der Welt ihr hochgerüstetes *Interesse* als das *Recht* der Völker und der Menschen. Sie sind nicht gehorsame Gefolgsleute *des Völker- und Menschenrechts*, sondern dessen *Macher und Vollstrecker*. Auch diese einschlägigen Kataloge sind das Werk ihrer Macht, die sie in die Lage versetzt, jedem ‚*shock and awe*‘, den sie zwischen Serbien und Afghanistan für nötig halten, eigenhändig eine völker- und menschenrechtliche Lizenz hinterherzuschicken.

Klagen soll man also lieber nicht über verbogene Grundrechte, verfassungswidrige Militarisierung und Kriege der Nato, die dem Völkerrecht widersprechen. Sondern zur Kenntnis nehmen, dass es eine Leistung *demokratischer Rechtsstaaten* ist, auch noch für die Übereinstimmung von imperialistischer

Interessenslage und internationaler Rechtslage zu sorgen! Zu deren imperialistischen Programmen und Ansprüchen passen der Krieg und seine Mittel schon immer darunter:

- Die *Weltordnung* namens „Marktwirtschaft und Freiheit“, die sie einrichten und bewachen, gilt ohne jede Ironie der *Sicherheit* der Geschäfte. Das geben die Staaten mit der *Rüstung*, die sie beizeiten betreiben, selber zu Protokoll: Stehende Heere, gut gefüllte Munitionslager, eine eigene Rüstungsindustrie, etc. dokumentieren den Gegensatz der Nationen als auch den Willen, ihn für sich zu entscheiden, „notfalls“ mit Gewalt. So dienen Unterhalt und Pflege des Militärs der *Versicherung* von Erfolgen wie der manchmal nötigen *Korrektur* von Konkurrenzergebnissen, die den Ansprüchen der Nation zuwider laufen.

- Die *Kriege*, auf die sie sich vorbereiten, sind eine Konsequenz, keine „Entartung“ dieser Friedensordnung. Sie liefern sich Wettläufe um die Fähigkeit zu *überlegener Gewalt*; und dabei hat es die Nato mit Abstand am weitesten gebracht. Das Bündnis der reichsten Marktwirtschaften des alten „Westens“ ist zugleich das stärkste; das Abstandsgebot exekutiert es auch nach Wegfall des „Ostens“ gegenüber störenden Emporkömmlingen seiner Neuen Weltordnung. Kein Wunder, dass „75 % *aller Rüstungsexporte*“ auf das Konto der Nato gehen und niemand so „asymmetrische“ Kriege führen kann wie sie.

- Schon der erste Abwurf einer *Atombombe* war für die Abschreckungsexperten der Freien Welt eine „Frieden erhaltende Maßnahme“. Schließlich war es eines der Mutterländer der Demokratie, das als bislang einziges solche Waffen eingesetzt hat, was, wie man weiß, der demokratischen Freiheit nicht geschadet, sondern sie in der Welt verbreitet hat.

Solches Zeug brauchen die in der Nato verbündeten Mächte für die Aufrechterhaltung ihrer globalen Ordnung, mit der sie sich ohne eine satte militärische Übermacht nirgends blicken lassen können.

*

Das *Glück der wirklichen Demokraten* ist es, dass sie an ihren nationalen Standorten keine anderen Gegner haben als *ideale Demokraten*, die das wirkliche Regieren für einen Verstoß gegen den Geist der Verfassung und demokratische Realpolitik für das Gegenteil des wahren, guten und schönen Regierens halten, das sie von den staatstragenden Parteien in unverwundlichem Zutrauen einfordern.

Wenn man also „eine Welt ohne Nato“ für nötig hält, dann wird es wohl auch nötig sein, nicht nur den uniformierten Befehlsempfängern des westlichen Kriegsverbündnisses, sondern ihren demokratischen Dienstherren und der zivilen Ordnung, die sie verwalteten, die Gegnerschaft anzusagen. ◆

Opel: „Lehren aus 1929“ und die Krise von GM Freunde der Globalisierung üben sich in internationaler Zusammenarbeit

Während im Herbst 2008 die Dimension der ‚Finanzkrise‘ nicht mehr zu übersehen ist und die ‚Realwirtschaft‘ weltweit einbricht, macht in Zeitungen und Talkshows ein Menetekel die Runde: „1929“ lautet das Verhängnis, das eventuell wieder droht. Damit nicht noch einmal aus einer Wirtschaftskrise eine Weltkatastrophe wird, ziehen Experten „*Lehren aus der Krise von 1929*“, die die Verantwortlichen aller Länder zu beherzigen haben: „*Eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise wäre so schlimm, dass im Vergleich dazu alles andere als erträglich erscheint. ... Jetzt geht es darum, eine Finanzordnung zu finden, die die Fortsetzung der Globalisierung ermöglicht und den Rückfall in allgemeinen Wirtschaftsnationalismus verhindert – eine Ordnung, die auf Kooperation und nicht auf einsame Entscheidungen baut.*“ (SZ, 31.12.08)

Mahnende Worte zum Jahreswechsel.

Keine zwei Monate später steht ein gewichtiges Subjekt dieser globalisierten Weltwirtschaft, der multinationale Automobilhersteller GM mit Hauptsitz in den USA und Dependancen in allen Nationen von Rang und Namen, speziell mit Opel in Deutschland, vor dem Aus. Der drohende Konkurs des ehemaligen Weltmarktführers der Autobranche trifft viele andere Firmen und Länder, und die allseitige Betroffenheit von der Krise gebietet, das hat man ja gelernt, unbedingt „*Kooperation*“. Die gestaltet sich dann so:

- Ein betroffener Landesvater aus dem Kapitalstandort Deutschland macht sich auf nach Detroit. Dass die in seinem Bundesland ansässige Opel AG *zusammen* mit ihrer Konzernmutter GM in die Krise geraten ist, ist ihm selbstverständlich bekannt, natürlich auch, dass Kapitalunternehmen gemeinsam das *Subjekt* der ‚Strategien‘ sind, mit denen sie *sich* in Krisenlagen retten. Als deutscher Politiker kann Rüttgers das nicht akzeptieren: „*Ich möchte, dass hier jeder Manager weiß, dass er nicht einfach in Amerika Entscheidungen treffen kann, die dann in Deutschland, in Europa, in Nordrhein-Westfalen geschluckt werden müssen*“, sagte Rüttgers in Washington und fügte an: „*Wer meint, er könne einfach Werke stilllegen, muss wissen, dass das eine sehr teure Geschichte wird, dass das auch den Widerstand nicht nur der Politik, sondern auch von Opel zur Folge haben wird.*“ (SZ, 18.2.) Man mag das als Wahlkampfgeöse und angeberische Selbstdarstellung eines Landesfürsten durchschauen: Man mag damit sogar Recht haben, verpasst aber die Hauptsache, nämlich den *Stoff*, an dem der Mann sein Profil schärft. Immerhin nimmt sich da ein *deutscher Politiker* das Recht heraus, der amerikanischen Weltfirma zu *untersagen*, was sie für ihre Rettung für erforderlich hält. Für Rüttgers ist Opel, das seit dem ersten Weltkrieg dem GM-Konzern gehört, ein „*deutsches Traditionsunternehmen*“. Der deutsche Name begründet für ihn einen nationalen Besitzanspruch und das *Recht auf Einmischung* in die Geschäftspolitik der amerikanischen Muttergesellschaft. So klärt sich schon einmal das mit den „*einsamen Entscheidungen*“, die es in der Krise keinesfalls mehr geben darf: Wenn sie einem bei anderen nicht passen, setzt man eigene drohend dagegen.

- Zur Rettung des deutschen Standorts von GM werden von staatlicher Seite Beihilfen erwogen, und wenn darüber im Einzelnen auch noch keine Klarheit herrscht, ist sich die öffentliche Meinung im Lande in einer Hinsicht doch völlig einig: Wenn Deutschland für Opel Finanzmittel locker macht, darf auf keinen Fall GM daraus *seinen* Nutzen ziehen. Falls Opel mit staatlichen Mitteln saniert wird, dann weil *Deutschland* ein Interesse am Fortbestand der Firma in Deutschland hat, und dieses Inter-

se *schließt* alles aus, was man aus Detroit zur Rettung des Weltkonzerns zu hören bekommt: „*Zahlen sollen nicht nur die Amerikaner, sondern alle Staaten, in denen GM Werke hat. Wer auch künftig eine GM-Fabrik im Land haben möchte, soll dafür bezahlen.*“ (FAZ, 19.2.) Für den Erhalt einer Autofirma, deren Konzernzentrale in Amerika sitzt und amerikanisch kalkuliert, deutsche Steuergelder ausgeben? Das sind „*dreiste Forderungen*“, „*Unverschämtheit*“, fast „*Erpressung*“: „*Nie sind Unterlagen für eine Erpressung so offenherzig unter dem Logo eines der größten Unternehmen der Welt der Öffentlichkeit vorgelegt worden.*“ Von „*Kooperation*“ jedenfalls kann nur die Rede sein, wenn die Zahlungsströme andersherum fließen und der kaputte Konzern „*zurückbezahlt*“, was er sich an „*Patenten und technologischem Knowhow von Opel angeeignet*“ hat.

- Finanzielle Unterstützungen haben Opel zu retten und nicht GM, eventuelle Hilfszusagen an ‚unsere‘ Traditionsmarke stehen unter der Bedingung, „*Möglichkeiten zu finden, wie Opel geholfen werden könnte, ohne dass deutsches Steuergeld an die amerikanische Muttergesellschaft fließt.*“ (SZ, 13.2.) Die öffentliche Meinung geht schon von zwei selbständigen Firmen aus, einer deutschen und einer US-amerikanischen, so als ob Opel nicht immer noch GM gehören würde und nur als eingebaute Konzerntochter ihre Funktionen erfüllt und ihre Geschäfte macht. Die Abspaltung und nationale Zuordnung des Autobauers gilt da als selbstverständliche Vorbedingung jeder Hilfe. Das hindert deutsche Standortpatrioten freilich nicht, sich weiterhin als Freunde des internationalisierten Weltgeschäfts und insbesondere des Konkurrenten jenseits des Atlantiks zu präsentieren. In ureigenem Interesse hat man in Amerika endlich einzusehen, dass etwas anderes ansteht als gutes Geld „*im Detroit-River zu versenken*“. Genau besehen ist der *Untergang* von GM nur zum Besten der amerikanischen Nation, der *Ruin* ihrer Schlüsselindustrie die beste Methode ihrer Gesundung: „*Es ist Zeit für eine Insolvenz. Nur dann kann die amerikanische Autoindustrie wieder auf gesunde Füße gestellt werden.*“ (FAZ, 19.2.) Und nicht nur für Amerika wäre eine Pleite von GM das Beste, was passieren kann. Sie wäre auch eine gar nicht so schlechte Lösung ‚unserer‘ Problems: „*Ein Konkurs von General Motors aber wäre auch für deren deutsche Tochtergesellschaft Opel die beste Lösung. Nur dann könnte man versuchen, aus der Konkursmasse die Teile von GM zusammenzubauen, die man braucht, um aus Opel tatsächlich wieder einen eigenständigen, mittelgroßen Anbieter von Mittelklasseautos zu machen.*“ (FAZ, 19.2.) Ein Großkonzern in Amerika gehört zerschlagen, damit ein verkleinerter Großkonzern vom Standort Deutschland ganz neu sein Heil in der Konkurrenz suchen kann. Die Krise der Weltwirtschaft ist dadurch zu bewältigen, dass Misserfolg im Weltgeschäft bei *anderen* Nationen konzentriert wird, so dass im selben Zug der eigenen Nation die Mittel zufallen, die künftigen Konkurrenzenerfolge versprechen. In der globalisierten Welt sucht die FAZ eben nach „*besten Lösungen*“ für alle. Für „*Wirtschaftsnationalismus*“ ist da kein Platz.

Natürlich hören die Warnungen nicht auf – vor dem „*Gift der Abschottung*“, vor „*protektionistischen Tendenzen*“, „*längst überwunden geglaubtem ökonomischem Nationalismus*“ (SZ, 6.2.) und vor „*Gegnern des freien Handels*“, die sich „*weggeduckt*“ haben, „*während die Globalisierung scheinbar unaufhaltsam voranschritt*“ (SZ, 3.2.) Alles das ist gefährlich für die Weltwirtschaft und unerträglich für uns, wenn es von Anderen kommt! Frem-

→ Fortsetzung Seite 4

Jour fixe

in Tübingen, Freiburg und Stuttgart

Wenn Du Interesse bekommen hast, Dich mit unseren Themen und Argumenten weiter zu befassen, bist Du eingeladen, an einem unserer wöchentlichen Diskussionstermine teilzunehmen:

Tübingen:

Diskussionstermin dienstags, 20 Uhr c.t. im Clubhaus (Wilhelmstr. 30, gegenüber der Neuen Aula), linker Eingang, 1. Stock.
Info: <http://www.versus-tuebingen.de>

Freiburg:

Jour fixe zu aktuellen Themen
im Konf-Raum u-asta-Gebäude, Belfortstr. 24;
Termine unter: <http://www.ideologiekritik.net>

Stuttgart:

Diskussionstermine donnerstags um 19.30 Uhr
im Foyer des Alten Feuerwehrhauses (Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56)
genaue Termine und Themen in:
<http://www.gegenstandpunkt-s.de/disk-s.htm>

„OPEL...“ (Fortsetzung)

dem Wirtschaftsnationalismus dürfen keine Gelegenheiten geboten, keine Vorwände geliefert werden. Daher richten Journalisten Ermahnungen auch an die eigene Regierung. Sie darf nicht vergessen, worin Deutschlands Erfolg besteht: „Die Exportzahlen dienten lange als Beleg dafür, dass keine andere Wirtschaftsnation derart von der Globalisierung profitiert wie die Deutschen.“ (SZ, 14.2.) Deutschland ist dringender als andere Nationen auf weltweit offene Märkte angewiesen und muss darauf achten, dass der Schutz des eigenen Standorts nicht seine Ansprüche beschädigt, als Exportweltmeister auch in Zukunft an der ganzen Welt zu verdienen. Deshalb ist es „selbst in einer Rezession nicht die Aufgabe des Staates, jedes angeschlagene Un-

ternehmen oder jede schwankende Branche mit kostspieligen Rettungsaktionen zu stützen. Das käme gerade für eine Exportnation wie Deutschland einem Rückfall in Zeiten des Protektionismus gleich. Beides würde den nationalen und internationalen Wettbewerb hemmen und letztlich den Wohlstand aller schmälern.“ (SZ, 19.2.)

Der ökonomische Nationalismus eines Landes mit weltweiten Geschäftsbeziehungen ist eben sehr anspruchsvoll und für seinen Erfolg in Krisenzeiten ist viel zu bedenken. Aber soviel sollten wir doch aus 1929 gelernt haben: Deutschland steht der Schutz seiner nationaler Firmen und das Offenhalten der Märkte im Ausland gleichermaßen zu! ♦

aus: GEGENSTANDPUNKT 1-09

Am 28. März fanden in Frankfurt/Main und Berlin Demonstrationen zur Finanzkrise und gegen die Krisenbewältigung statt.

**„Wir zahlen nicht für eure Krise!
– Für eine solidarische Gesellschaft“ (Demo-Aufruf)**

Kritische Anmerkungen zum Protest gegen Krise und Krisenbewältigung

Wenn die Märkte einbrechen, wenn in Industrie und Handel die Geschäfte schrumpfen, dann wenden die Unternehmen Schaden von ihren Bilanzen ab, indem sie ihn an ihre Arbeitskräfte weitergeben: Sie entlassen, verordnen Kurzarbeit, senken Löhne. Sie passen ihre Kosten an die verminderten Geschäftsgelegenheiten an und verteidigen ihre Gewinne. An dieser Front findet der Kampf darum statt, wer in welchem Maß Opfer zu bringen hat dafür, dass das Wachstum wieder in Gang kommt – wer also für die Krise und ihre Bewältigung bereits zahlt und noch mehr zu zahlen hat. Wer sich die Rolle als flexibler Kostenfaktor nicht mehr gefallen lassen will; wer es satt hat, in Zeiten der Konjunktur mit flexibler Arbeitsbereitschaft für das Wachstum der Profite bereit zu stehen und in der Phase der Schrumpfung die Firmenbilanzen durch Lohnverzicht zu sanieren, der kommt um eine Kündigung seiner Rolle als Ware Arbeitskraft nicht herum.

Das sieht die auf Arbeit angewiesene Menschheit in ihrer Betroffenheit von der Krise leider anders. Jetzt, wo das Kapital selber bedroht ist, Finanzinstitute und industrielle Unternehmen vor der Pleite stehen, da sehnt sie nichts sehnlicher herbei, als dass der Normalzustand der Marktwirtschaft wiederhergestellt wird: Banken wieder Kredite geben, Unternehmer wieder Gewinne machen und so Arbeitsplätze erhalten werden, an denen sie als Lohnarbeiter ihre rentablen Dienste leistet. Daumendrücker für die Rettungsprogramme der Politik, Opferbereitschaft für die Stärkung des nationalen Kapitalstandorts – solche Lehren werden mehrheitlich aus der Krise gezogen...

Eine Minderheit geht gegen die Herrschenden auf die Straße. Die Kritiker von Attac und anderer linker Gruppen – halten sie den Kampf um die Abschaffung des kapitalistischen Systems für nötig? Sie schimpfen auf die zerstörerischen Wirkungen der „Entfesselung des Kapitals“; fordern „ein anderes Wirtschaftssystem, das Mensch und Natur dient“; wollen „nicht hinnehmen, dass Beschäftigte und Erwerbslose die Zeche zahlen“ – aber die Kündigung von Lohnarbeit und die Beseitigung der Abhängigkeit von rentablen Arbeitsplätzen stehen nicht auf ihrer Forderungsliste. Was sind dann die Parolen wert, mit der gegen die Krisenbewältigung durch Staat und Kapital demonstriert wird? Welchen Preis wollen die Kritiker künftig nicht mehr berappen? Und an wen wenden sie sich, wenn sie angeblich „den Herrschenden das Feld nicht (mehr) überlassen“ wollen?

„Zeit für Systemwechsel“ ist im gemeinsamen Aufruf „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ für

die Demos in Berlin und Frankfurt am 28. März zu lesen. Ein merkwürdiger Systemwechsel ist das, der all die Figuren gleich wieder mit an Bord nimmt, die in der schlechten alten Gesellschaft das Sagen haben und deren Profitmacherei all die aufgezählten Übel von der Armut in Europa und in der Welt bis hin zum Klimawandel verursacht.

Die Millionäre zum Beispiel: „Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen und einer Millionärssteuer“ soll dafür gesorgt werden, dass „die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen.“ Dafür müssen sie Millionäre und Profiteure des Systems bleiben; gerade als solche sollen sie einen Beitrag zur Rettung aus ihrer Krise leisten, wenn's mit dem Profit mal nicht so klappt.

Die Banken müssen natürlich gerettet werden: „Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. (...) Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden.“ Auch Finanzinstitute sind in der „solidarischen Gesellschaft“ offenbar unverzichtbar. Nur gesunde Banken können der Wirtschaft Kapitalvorschuss auf Kredit spendieren – und Kapital braucht die arbeitende Bevölkerung ja wohl so nötig wie das tägliche Brot, oder? Das Vermögen der Banken wird vom Volk auch noch gebraucht – denn nur reiche Banken können den „Bankenrettungsfonds“ auflagen, mit dem sie sich selber aus ihrer Pleite herauskaufen und dem Volk Kosten für die unverzichtbare „Sanierung des Finanzsektors“ ersparen.

Und die Betriebe in der „Realwirtschaft“? Keine Frage, dass man die weiter braucht. Wer sonst könnte für „Beschäftigung“ für den Lebensunterhalt der Arbeiter sorgen? Auf Lohn angewiesen zu sein, das halten die Anhänger einer „besseren Welt“ nicht für kritikabel, eher schon für eine Selbstverständlichkeit. Die Macht der Wirtschaftskapitäne ist kein auszuschaltendes Übel, vielmehr bei ihren kapitalistischen Kalkulationen auf Verantwortung fürs werktätige Volk zu verpflichten: „Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen.“ Und „die notwendige Konversion z. B. der Automobilindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden.“ Dafür brauchen – perspektivisch – die in den Unternehmen „Beschäftigten Veto-Rechte bei grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen.“ Und warum drehen sich diese Entscheidungen? Ausschließlich darum: Wie der Betrieb den Kredit der Banken verwendet, so dass neben dem eigenen Profit noch der Zins für die Banken aus der Arbeit herausgewirtschaftet wird. Nur Ausbeutung kann die Arbeitsplätze schaffen, die das Volk braucht!

Die muss wieder in Gang kommen. Für die kapitalismuskritischen Aufrufe scheint das Übel des Kapitalismus also nicht darin zu bestehen, dass es in diesem System Lebensunterhalt für Arbeiter nur gibt, wenn ihre Arbeit Profit abwirft. Sondern darin, dass der Kapitalismus gegenwärtig mal nicht gescheit funktioniert.

Nicht nur die Reichen und Mächtigen, auch die Armen und Abhängigen treten in der „solidarischen Gesellschaft“ wieder in ihren alten Rollen auf. Wozu fordert man wohl einen „sozialen Schutzschirm“, wenn man nicht davon ausgeht, dass es weiterhin ohnmächtige und schutzbedürftige Sozialfälle geben wird:

„für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen ein armutsfester gesetzlicher Mindestlohn“. Die Autoren des Aufrufs nehmen die Lohndrückerei auf ein neues „Armutsniveau“ zur Kenntnis – und gehen ungerührt davon aus, dass es einen solchen „Niedriglohnssektor“ noch länger geben wird. Wie die etablierten, einer Systemkritik unverdächtigen Parteien befinden auch sie ein gesetzliches Mindestmaß an Entlohnung für nötig. In der Auseinandersetzung über Für & Wider einer Lohnuntergrenze und den Streit um deren Höhe stört sie nicht der systemgemäße Zynismus gegenüber den materiellen Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, wenn beide Seiten des Lohns – Lebensunterhalt für die Arbeiter, Kosten für die Kapitalisten – gegeneinander abgewogen werden: In die schäbige Frage ‚Wie viel Lohn braucht der Mensch?‘ mischen sie sich ein mit dem Wunsch „aber bitte armutsfest“; die kritische Abgrenzung von der SPD-Definition des für arme Arbeiter Zumutbaren – ein Mindeststundenlohn von 7,50 € – haben sie bei diesem schlechten Witz auch nötig.

„Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, für sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes – existenzsicher und ohne Sanktionen gegen Erwerbslose“. Langzeitarbeitslose haben Besseres verdient als eine Agenda 2010; zumindest eine „existenzsichernde“ Erhöhung der Hartz-IV-Sätze für die Behebung der unmittelbaren Überlebensnöte einer Sorte von Menschen, die auch in einer „solidarischen Gesellschaft“ nicht unbedingt weniger werden – mitsamt ihrer ewig unsicheren Existenz.

„Weg mit der Rente mit 67, für armutsfeste Renten ohne Lebensarbeitszeitverlängerung“. Die Kombination aus Alter und Nicht-Beschäftigung begründet eine besondere soziale Notlage: Das setzen die, die auch die Renten armutsresistent machen wollen, als normal voraus. Da erscheint eine Rente mit 65 statt mit 67 vergleichsweise vorteilhaft für die Alten, die in der Krise sowieso vor Erreichen der Altersgrenze aus den Betrieben gedrängt werden.

Geht's noch bescheidener? Aber was soll man schon erwarten von einem Demonstrationaufruf, der die „Menschen vor Profite“ setzen, also die Rangordnung der beiden hohen Güter korrigieren will? Profit soll schon sein, aber der Mensch darf darüber nicht vergessen werden! Mensch und Profit sollen koexistieren können, so ist es doch gemeint? Wie passt das dazu, dass Profit von vornherein auf Kosten der arbeitenden Menschen geht? Dass er gar nichts anderes ist als das, was der Kapitalist aus seinen Arbeitskräften herausholt?

Sieht so die „andere Welt“ aus? Ist das das „neue Wirtschaftssystem“, für das am 28. März demonstriert wurde?

Nein, liest man, mit Mindestlohn, existenzsichernder Sozialhilfe, Rente mit 65 etc. ist die „solidarische Gesellschaft“ noch nicht fertig. Das alles sind nur „Sofortmaßnahmen“, „erste Schritte“ – aber Schritte wohin? Die Demoaufrufe zählen viele Übel auf, die das kapitalistische Wirtschaften bei der Klasse der Lohnabhängigen verursacht, aber sie wenden sich nicht gegen das Kapital, sondern an den Staat, der dem Schaden Grenzen ziehen soll. Also an genau die Adresse, die mit ihrer politischen Macht durch die Garantie des Privateigentums die Wirtschaftsmacht des Kapitals in die Welt setzt, absichert und betreut. Eine sozialere Politik soll die Schäden korrigieren, die die Wirtschaft verursacht. Im For-

dem nach Schadensbegrenzung werden all die ökonomischen Prinzipien, die im Kapitalismus herrschen, und all die sozialen Rollen, die er hervorbringt, vorausgesetzt und anerkannt. Das ist nicht ein erster Schritt zur Abschaffung des Kapitalismus, es ist der Ruf nach sozialer Politik, der diese Ausbeutungsökonomie begleitet, solange es sie gibt.

Die „Entfesselung“ des Kapitalismus zu beklagen ist eben etwas anderes als die Frage zu klären, was sich da eigentlich ‚entfesselt‘ und welche Grundrechnungsarten es sind, die ihr ‚destruktives Potenzial‘ entfalten. Im ersten Fall erscheint das kapitalistische Wirtschaftssystem, wenn es nur von seinen ‚Exzessen‘ befreit wäre, wie die Lösung für all die Übel, die aufgelistet werden. Bei aller Kritik an den Resultaten dieser Ökonomie – so richtig erschüttern lassen sich die Beschwerdeführer in ihrer prinzipiell guten Meinung von der Marktwirtschaft nicht. Ihre kritische Sicht auf die Welt reicht gar nicht so weit, sich mit dem Funktionieren der hiesigen Art des Wirtschaftens auseinanderzusetzen. Erst kapitalistisch verursachte Großkatastrophen und die Menschheit bedrohende Untergangsszenarien wie „Klimawandel und Natur, Kriege, Rezession, Hunger...“ gebieten ein „Umdenken“. Welcher problembewusste Mensch will und kann sich diesen extremen Missständen, die in der Krise des Kapitalismus ihren Ursprung haben, verschließen und sich der Notwendigkeit bewusst werden, die Wirtschaft um- und eine solidarische Gesellschaft aufzubauen! Sich zu erklären, welche Zwecke es sind, die in dieser Welt herrschen, zu ermitteln, wo die Gegner der eigenen Lebensbedürfnisse sitzen: Das ersparen sich die Kritiker in ihrem Verantwortungsbewusstsein für die kollektiven Geschehnisse der Menschheit. Ihre Triebfeder ist die Sorge um das soziale Gefüge, das sie als eine Heimat akzeptieren, die sie mitgestalten wollen. „Eine andere Welt ist möglich“: Die, die es gibt, ist zu verbessern – unter Anerkennung, sogar mit Hilfe ihrer gültigen Grundrechenarten. Dafür suchen sie Unterstützer und demonstrieren ihrer Herrschaft in Berlin und anderswo, wie ernst die Lage ist, wie nötig Neubestimmung und Umkehr sind – und dass sie dabei durchaus auf „die da oben“ setzen.

Wenn die Kritiker der Krise und ihrer Bewältigung „den Herrschenden nicht das Feld überlassen“ wollen, erteilen sie deren Zuständigkeit für die Lebensumstände der Bevölkerung gar keine Absage; vielmehr mahnen sie die Macher in den Parlamenten und Regierungen, ihre Verantwortung auftragsgemäß wahrzunehmen. Ihre Anklage lebt von einem Ideal, was sie als eigentlichen Auftrag von demokratischen Staaten und Politikern betrachten. Sie halten es offenbar für ausgeschlossen, dass die kritisierten Fakten in irgendeiner Weise die Konsequenzen staatlichen Handelns sind, das den Lebensstandard der Leute vom Wachstum des Kapitals abhängig macht. Sie glauben lieber an die Einsichtsfähigkeit der Politiker – die Überzeichnungen der hässlichen Seiten des Kapitalismus zur Gefahr für Natur, Mensch und Gesellschaft sollen „unsere“ Mächtigen dazu bewegen, sich selber betroffen ihrer wahren Verantwortung zu besinnen und zur unumgänglichen Umkehr zu entschließen...

Es hilft nichts. Wer nicht weiterhin zum Opfer von Krise und Krisenbewältigung gemacht werden will, wer in einem neuen Aufschwung nicht wieder Mittel des Profits sein will – der hat anderes zu tun, als mit einer Demonstration gesellschaftlichen Druck für einen sozialen Politikwechsel in Berlin aufzubauen. Er muss sich Rechenschaft ablegen, inwiefern die beklagten Übel aus dem in dieser Produktionsweise herrschenden Zweck der Vermehrung von Geld und Kapital herrühren. Und erkunden, welche Rolle die politische Herrschaft für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ökonomie spielt und welches Interesse demokratische Staaten an dieser Sorte gesellschaftlicher Produktion haben. Eins wird ganz sicher übrig bleiben: Wer nicht zahlen will für die Krise des Kapitals, muss sein Mitmachen verweigern. Und darf nicht mit der Regierung um Preisnachlässe bei der Bezahlung der Krisenlasten feilschen. ♦